

Newsletter, Juli 2025

Liebe Unterstützer*innen,

liebe Mitstreiter*innen,

liebe KuB-Interessierte,

wir würden ja gerne mal was anderes schreiben als: Diese und jene Neuerungen in der Asylpolitik sind unnötig grausam, erschreckend verantwortungslos und geschichtsvergessen, nicht selten rechtswidrig und selbst unter Gesichtspunkten von Wirtschaftlichkeit und Nützlichkeit (wenn mensch sie in diesem Bereich anwenden will) komplett kontraproduktiv und kurzsichtig. Aber so sieht die Realität leider aus, also schreiben wir das. Dazu erzählen wir euch von ein paar unserer Anstrengungen, die schlimmsten Folgen für Ratsuchende abzuwenden und ein Mindestmaß an selbstestimmtem und planbarem Leben zu ermöglichen.

Und auch noch etwas dauerhaft Aktuelles zur finanziellen Lage: Die politische Strategie, mit der wir gerade konfrontiert sind, scheint zu sein: Solidarische Unterstützungsnetzwerke so lange unter Druck setzen, bis die ständig wiederholte (aber nicht zahlenmäßig belegbare) Behauptung der "Überforderung" irgendwann stimmt. Aber nicht mit uns! Und nicht mit euch!

Denn Schutzsuchende werden sich von rassistischen, menschenfeindlichen, symbolpolitischen Maßnahmen nicht davon abbringen lassen, nach Berlin zu kommen - so wie es ja nach wie vor ihr gutes Recht ist. Und wir haben ebenso wenig die Absicht, unser für diese Menschen oft existenziell wichtiges Angebot aufzugeben oder zu verkleinern. Dieses Angebot stützt sich nicht nur auf den größtenteils ehrenamtlichen Einsatz von fast 200 "Kubbies", zu denen sich glücklicherweise jede Woche weitere Interessierte melden. Es stützt sich auch auf einen wachsenden (aber noch deutlich zu kleinen) Kreis von Einzelpersonen, die unsere Arbeit möglich machen.

Wir freuen uns sehr über alle von euch, die schon dabei sind, und über Neue freuen wir uns genauso:

1.999 und du - unterstütze #TeamBleiberecht im KuB-Förderkreis!

Die KuB blickt in eine finanziell ungewisse Zukunft. Um unser gegenwärtiges Angebot komplett politikunabhängig auf dem jetzigen Stand zu halten, **bräuchten wir bis Ende 2025 etwa 2.000 Menschen, die uns verlässlich und regelmäßig unterstützen.** Deswegen gibt es unsere Kampagne „1.999 und du!“.

Alles, was ihr zum Thema Spenden wissen müsst, findet ihr auf unserer Spendenseite: <https://kub-berlin.org/de/spenden/>

Spendenkonto:

KuB e.V. // GLS-Bank

IBAN: DE70 4306 0967 1150 4052 02 // BIC: GENODEM1GLS

[Aktuelles aus der KuB]

Aktuelle Beratungssituation

Die Angebote der KuB werden unverändert stark wahrgenommen. Noch immer kommen etwa 120 Menschen täglich zu uns, die Beratung, Kurse oder beides brauchen.

Einige der Hauptberatungsanliegen in den letzten Monaten waren:

- Ablehnungen und "Rückkehrangebote" in die Obdachlosigkeit: Zahlreiche Ratsuchende kommen mit abgelehnten Asylanträgen, insbesondere mit Schreiben vom BAMF, in denen ein Schutzstatus in Griechenland festgestellt wird (weil die Einreise nach Deutschland für die allermeisten Geflüchteten nur über andere Staaten möglich ist). In vielen Fällen liegen noch keine formalen Unzulässigkeitsbescheide vor, jedoch erhalten die Betroffenen sogenannte "Rückkehrangebote" nach Griechenland – oft verbunden mit Versprechungen über Unterbringung für einige Monate (siehe KuB Newsletter April 2025). Fachleute für Menschenrechte verweisen jedoch schon länger auf die akute Gefahr von Obdachlosigkeit und Verelendung im griechischen Asylsystem. Diese Beratungsfälle erfordern deshalb eine intensive rechtliche Klärung und psychologische Stabilisierung.
- Studienaufenthalte in der Krise: Eine wachsende Zahl von Ratsuchenden sind internationale Studierende, deren Aufenthaltstitel gefährdet oder bereits erloschen sind. Hier besteht hoher Bedarf an strukturierter Orientierung und langfristiger Perspektivberatung um ein Abrutschen in "Illegalität" und Prekarität zu verhindern.
- Vaterschaftsanerkennung & Aufenthalt nach §25b: Hoch ist auch die Nachfrage im Bereich Vaterschaftsanerkennung, auch im Zusammenhang mit Bleiberechtsregelungen. Ratsuchende mit langjährigem Aufenthalt suchen vermehrt Unterstützung bei der Antragstellung nach §25b AufenthG. Trotz verschwindend geringer belegter missbräuchlicher Anträge (Schätzungen sprechen von 70 missbräuchlichen von 65.000 Anträgen jährlich) soll die Anerkennung leider noch einmal deutlich erschwert werden, dazu lag schon 2024 ein [Entwurf der Bundesregierung](#) vor.
- Überschuldung und Schuldenregulierung: Ein signifikanter Anteil der Anfragen dreht sich um Schuldenproblematiken – etwa Rückforderungen vom Jobcenter, Mietschulden, offene Heizkosten oder laufende Gerichtsverfahren, was eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Schuldnerberatungen notwendig macht. Die [neue Gebührenverordnung für LAF-Unterkünfte](#) wird das Problem voraussichtlich noch verschärfen.
- Gewaltbetroffene Frauen und Alleinerziehende: Besonders häufig melden sich alleinerziehende Mütter und Frauen mit Gewalterfahrung. Viele von ihnen leben unter belastenden Bedingungen in

Unterkünften und stellten Anträge auf Wohnungswechsel bzw. auf Unterbringung in frauengerechten Schutzräumen. Zahlreiche Anfragen dieser Art verdeutlichen den anhaltenden Mangel an frauen-, FLINTA- und kindergerechter Unterbringung.

- Illegalisierte Personen, Orientierung & medizinische Versorgung: Auch Menschen ohne gültige Papiere oder mit ungeklärtem Aufenthalt suchen unsere Unterstützung – insbesondere zur Orientierung im System, zu Gesundheitsversorgung und zu Handlungsmöglichkeiten.
- Deutschkurse, Arbeit & Anträge: Weiterhin hoch bleibt der Beratungsbedarf zu Deutschkursen, Arbeitsmarktzugang (inkl. Beantragung von Beschäftigungserlaubnissen) sowie beim Ausfüllen unterschiedlichster Anträge und Formulare. Durch Kürzungen im staatlichen Regelangebot steigt die Nachfrage nach unseren eigenen Kursen weit über unsere Kapazitäten hinaus, obwohl wir aktuell neun regelmäßige Kurse mit über 30 ehrenamtlichen Lehrkräften anbieten.

Neues aus dem Team

Schweren Herzens verlieren wir gerade sehr gute, langjährige (unbezahlte und teilbezahlte) Kolleg*innen im Erstkontakt, in der Rechtsberatung und in der psychosozialen Beratung und bedanken uns herzlichst für den großen Einsatz und die tolle Zusammenarbeit! Aller Erfahrung nach heißt das aber auch, dass wir bald wieder neue (oder neue alte) tolle Kolleg*innen kennenlernen dürfen. Im Erstkontakt hat das bereits geklappt und ab jetzt verstärkt uns Wefa im Team und bringt neben fachlicher Expertise Kurmancî-, Sorani- und Farsi-Sprachskills mit. Seit letzter Woche unterstützen uns ebenfalls im EK außerdem 5 neue schlaue Praktikant*innen. In der Rechtsberatung freuen wir uns über Timon als neues Team-Mitglied. Die anderen frei werdenden Kapazitäten in der Rechtsberatung können wir vorerst innerhalb der Fachgruppe auffangen.

Die psychosoziale Beratung sucht ehrenamtliche Verstärkung

Mehrere "Kubbies" hören ab September in der psychosozialen Beratung auf. Deswegen sucht die PSB nach mindestens einer neuen Person, um das Team ehrenamtlich zu verstärken! Dank einer Fortbildungsfinanzierung kann das PSB-Team auch an einer Fortbildung über somatische Praxis teilnehmen. Diese wird die Fähigkeiten zur Traumaversorgung verstärken, um Ratsuchende noch besser unterstützen zu können.

Vormerken: Stellen im Bereich niedrigschwelliger Deutschkurse und Beratung

Die Fachgruppe Deutschkurse hat in Zusammenarbeit mit dem Migrationsrat Berlin im letzten halben Jahr viel Recherche- und Konzeptarbeit gemacht, um sich ein Angebot zu überlegen, das sich besonders an den Bedarfen geflüchteter Frauen* mit geringer formaler Lernerfahrung orientiert. Unterstützt wurde das Vorhaben durch den Europäischen Sozialfonds Plus und der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Auch wenn wir noch keine offizielle Zusage haben, stimmen uns die Rückmeldungen optimistisch, dass wir ein solches Angebot bald aufbauen können. Dafür schreiben wir schon einmal eine Stelle [Sozialberatung](#) und eine Stelle [Kinderbetreuung](#) aus.

Alle Infos wie immer unter: <https://kub-berlin.org/de/mitmachen/stellen/>

Sprachmittlung Mandarin/Kantonesisch/Teochew

Unsere Fachgruppe Sprachmittlung & Begleitung ist wieder um mehrere Personen gewachsen. Neuerdings können wir daher jetzt auch Übersetzung in Mandarin, Kantonesisch und Teochew anfragen. Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle, die uns in diesem wichtigen Bereich ehrenamtlich unterstützen! Weitere Sprachen, für die wir Unterstützung suchen, findet ihr hier: <https://kub-berlin.org/de/mitmachen/ehrenamtliche-mitarbeit/> Vor allem Dendi bleibt dauerhaft dringend.

Zukunftstag zu Rassismus und Teams

Ein bis zweimal im Jahr suchen wir uns ein Wochenende, an dem wir an Themen arbeiten, für die im Tagesbetrieb zu wenig Platz ist. Dieses Mal ging es schwerpunktmäßig um Rassismus und wie wir besser vermeiden, ihn in dem tief rassistischen Asyl- und Migrationssystem, in dem wir arbeiten, weiter zu reproduzieren. Denn natürlich ist auch unser Team nicht frei von rassistischen Strukturen und Denkmustern. Und in einer Situation, in dem uns dauerhaft mehr Ratsuchende aufsuchen, als wir beraten können, ist es besonders wichtig, sensibel für Rassismuserfahrungen zu sein wie auch eigene Strukturen und Verhaltensweisen zu hinterfragen. Wir haben uns vorgenommen, wieder regelmäßig Weiterbildungs- und Awareness-Arbeit im Team zu machen und das Thema beim Zukunftswochenende im Herbst wieder aufzugreifen. Zum Thema Rassismus beim Empfang/Clearing in der KuB fand bereits ein erstes Beratungsgespräch mit Each One Teach One (EOTO) e.V. statt und zu einer Supervision für BIPOC "Kubbies" sind wir in Gesprächen mit ReachOut.

Einen kleinen Input gab es auch von zwei Kolleginnen, die aktuell die tolle Möglichkeit haben pro bono an einer mehrmonatigen Ausbildung zum systemischen Teamcoaching teilzunehmen. Erfahrungen aus dieser Ausbildung kommen so dem ganzen Team zu Gute. Und gerade bei einem hohen Anteil ehrenamtlicher Arbeit wollen wir unsere Ressourcen natürlich möglichst gut einsetzen.

[Aktuelles außerhalb der KuB]

Grenzkontrollen, Zurückweisungen und eine komplett fehlgeleitete Debatte

Schon die letzte Bundesregierung hatte im letzten Jahr umfassende Grenzkontrollen eingeführt. Die jetzige hat im Mai noch einmal nachgelegt und verweigert auch Schutzsuchenden die Einreise. Die Dublin-Verfahren sind so faktisch ausgesetzt. Die Bundesregierung begeht also nüchtern betrachtet dauerhaften Rechtsbruch. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin noch einmal bestätigt - und zwar grundsätzlich und nicht nur für den Einzelfall, wie die Regierung seitdem gerne behauptet. Ausführliche Erläuterungen dazu findet ihr hier:

<https://verfassungsblog.de/zurueckweisung-grenze-kontrolle-dobrindt/>

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/vg-berlin-6119125-zurueckweisungen-rechtswidrig-fake-news-faktencheck>

Neben diesem rechtlichen Argument und dem humanitären Argument, dass sich Deutschland damit massiv aus der Verantwortung zieht, erscheint auch der Aufwand, ca 4.000 Kilometer Grenze zu schützen personell und finanziell kaum zu rechtfertigen. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass all diese Maßnahmen ohnehin von einem Begriff von "irregulärer Migration" geleitet sind, der zum Ziel hat, einen Großteil der Einreisen zu kriminalisieren und mit den Realitäten von Flucht- und Migrationsbewegungen wenig zu tun hat, lohnt es sich vielleicht bei den Argumenten gar nicht so ins Detail zu gehen. Wichtig ist festzuhalten: Die Regierung begründet mit einer Notlage, die faktisch nicht erkennbar ist, eine Politik, die sich auch von rechtsstaatlichen Verfahren nicht stoppen lassen will. Das ist eine sehr beunruhigende Entwicklung.

Bezahlkarte

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen (und werden es weiter tun), dass die Bezahlkarte für Geflüchtete ein diskriminierendes, stigmatisierendes, bevormundendes, rassistisches, verfassungswidriges und teures Instrument ist. Erneuert haben wir diese Kritik gemeinsam mit anderen in diesem Offenen Brief:

<https://nein-zur-bezahlkarte.de/offener-brief/>

Auch wenn die Diskussion um Kriminalisierung von Solidarität schon in vollem Gange ist, gibt es weiter eine Reihe von Möglichkeiten, euch dagegen einzusetzen:

<https://weact.campact.de/petitions/nein-zur-bezahlkarte-ja-zur-gleichberechtigten-teilhabe-aller-menschen>

Übersicht über solidarische Tauschaktionen:

<https://nein-zur-bezahlkarte.de/how-to/> (Berlin)

<https://www.seebruecke.org/aktuelles/kampagnen/bezahlkarte> (bundesweit)

Familiennachzug ausgesetzt - auch Berliner Programm beendet

Der Bundestag hat bereits im Juni die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte entschieden. Für viele bedeutet das: weitere Jahre der Trennung, Einsamkeit, Angst um eigene Kinder und Angehörige. Zudem ist es eine Verletzung des Grundrechts auf Familie. Schon jetzt ist der Familiennachzug mit unüberwindbaren Hürden verbunden durch unzumutbare Wartezeiten, schwierige Passbeschaffung (besonders bei Herkunftsländern, in denen es kaum sichere Behördenstrukturen gibt), hohe Kosten für Dokumente, Übersetzungen, Flüge. Gerade für Kinder und Jugendliche ist die Trennung von Eltern und Geschwistern extrem zermürend.

Für das Berliner Aufnahmeprogramm hat das Innenministerium ebenfalls seine Zusage verweigert. Die Gründe: Offenbar ein weiteres Mal schlicht menschenfeindliche Symbolpolitik. Es handelte sich bei dem Programm um eine der wenigen sicheren (oder wie die Regierung gerne sagt: "regulären")

Möglichkeiten nach Berlin zu gelangen. Die jeweilige Aufnahme setzte voraus, dass die schon in Berlin lebende verwandte Person die Kosten für die Nachkommen selbst tragen kann. Berlin hätte schon lange über eine Fortsetzung entscheiden können, aber die Entscheidung über eine Weiterführung wurde seit 2024 vom Berliner Finanzsenator Evers aufgeschoben. Nun hat das BMI unter Minister Dobrindt seine Zustimmung verweigert.

Die Folgen: Die Betroffenen in Syrien, Afghanistan und Irak bleiben weiter gewaltsamen Konflikten und Unterdrückung z.B. als Frauen oder queere Personen ausgesetzt. Für die Betroffenen in Berlin bedeutet es weitere ständige Sorgen um die Angehörigen, was ein vollständiges Ankommen und Lebensplanung weiter erschwert. Familien bleiben auseinandergerissen, der Druck auf unsichere Fluchtwege wächst. Die Berliner Landesregierung darf diese Bevormundung nicht hinnehmen, muss sich mit diesen Menschen solidarisch erklären und beim BMI auf eine schnelle Lösung hinwirken!

Krise in der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten

Laut dem [Versorgungsbericht](#) der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer erhalten in Deutschland nur 3,3 % der geflüchteten Menschen eine psychosoziale Versorgung. Im Jahr 2023 konnten die Psychosozialen Zentren (PSZ) und ihre Kooperationspartner*innen nur 3,3 Prozent des Behandlungsbedarfs abdecken. (Baff, 2025)

Durch die Reform der Asylpolitik in Deutschland wird die psychosoziale und gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten weiter erschwert. Obwohl es eine Anerkennung für den psychosozialen Bedarf gibt, fehlen ein Konzept und eine strukturelle Bewegung, um die Diskriminierung beim Zugang zu Gesundheitsleistungen anzugehen. Wir brauchen eine systemische Entwicklung, um die Bedürfnisse der geflüchteten Menschen zu decken und eine postmigrantische Gesellschaft aufzubauen.

[Termine]

31.08.25 - Offenes Treffen: Die Rechte von Geflüchteten und Klimagerechtigkeit

Bethanien, Berlin

04. - 07.09.25 - Solidarity & Resistance Camp Biesenthal

20. - 27.09.25 - Caravan For Free Movement & Equal Rights Thüringen bis Berlin

25.09.25 - Fachtagung: Soziale Exklusion, Schutzbedürftigkeit und Asylrechtsverschärfungen – quo vadis Soziale Arbeit? Refugio Berlin

18. - 19.10.25 - Bundesweite Konferenz zum Widerstand gegen die Bezahlkarte Berlin

Herzliche und solidarische Grüße,

eure KuB

